

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

№ 25.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Dienstag, den 31. Januar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

Februar und März

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenan, Halsbrüde, Langhennersdorf und Weichenborn zum Preise von 1 M. 75 Pf. angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Tageschau.

Freiberg, 30. Januar.

Der Reichstag beendete am Sonnabend zwar die dritte Beratung des Etats, verlegte aber seine Schlußsitzung auf den heutigen Montag. Es war die Währungsfrage, welche am Sonnabend zur Debatte stand und den Abg. Bamberger zu einem zweistündigen Vortrage für die Goldwährung veranlaßte. Er begann seine Ausführungen, indem er die Agitation gegen die jetzige Münzpolitik auf einige wenige Fabrikanten- und Börsenkreise zurückführte, die große Menge der Geschäftswelt aber als völlig unberührt von diesen Bestrebungen hinstellte. 86 Handelskammern, und zwar gerade diejenigen der größten Städte, haben ihr Votum für die Beibehaltung der Goldwährung abgegeben; wie könne man dem gegenüber von einer weitreichenden Unzufriedenheit mit unserer Münzpolitik reden, von einer Unzufriedenheit, die sich allein auf die Hintermänner der „Berliner Börsenzeitung“ und auf die Agrarier beschränke. Gerade aus dieser Verbrüderung von Freihändlern und Schutzöllnern in einer bestimmten Frage zieht der Abg. Bamberger den Schluß, daß es falsch wäre, die Freihändler mit den Anhängern der Goldwährung und die Schutzöllner mit der bimetalistischen Richtung zu identifizieren. Im weiteren Fortgang seiner Ausführungen konstatiert der Redner, daß die letzte Quelle der jetzt wieder kräftiger auftretenden Doppelwährungsagitation in den Interessen zu suchen sei, die sich mit dem zum 12. April wieder zusammenberufenen Pariser Münzkonferenzen verknüpfen. Von dorther gehen die Fäden der Bewegung und dorthin laufen sie wieder zusammen. Er sehe es schon voraus, daß es demnächst in allen bimetalistischen Zeitungen und ebenso auf dem Münzkonferenzen selber heißen werde: „Der deutsche Reichstag hat sich ja auch für die Doppelwährung entschieden; warum sollen wir also nicht zur Einführung derselben schreiten?“ Um solcher Fabel schon beim Entstehen zu begegnen, darum habe er hier und heute das Wort genommen. Wie stehe es denn in Wirklichkeit? Können sich denn Jemand Illusionen darüber machen, daß Frankreich nur darauf lauwere, uns in den Fehler der Münzpolitik hineinzuführen zu sehen, um dann selbst die Goldwährung einzuführen, wie es schon längst gern gethan hätte? Gerade die kolossale Entwertung des Silbers auf dem Weltmarkt muß doch die Verteidiger dieses geringwertigen Metalls stutzig machen. Es ist nach des Abg. Bamberger Ansicht auch nicht wahr, daß unsere Goldwährung nur auf dem Papier stände, wie der Abg. Leuschner am Freitag ausgeführt hatte. Verucht doch unser ganzer Handel und Verkehr, unsere ganze Stellung in der Welt auf der Goldwährung, ohne die wir uns dem Auslande gegenüber geschäftlich überhaupt gar nicht sehen lassen könnten. Was, glauben Sie, würde ein Wechsel auf Berlin in Paris werth sein, wenn wir keine Goldwährung hätten? Zugegeben, daß uns die volle Durchführung dieser Währung noch hundert Millionen kosten würde, so komme das doch gar nicht in Betracht gegen die Vortheile, die uns durch das jetzt adoptirte System schon erwachsen sind und die mit einem Schlagschwinden würden, wenn wir den Trugschlüssen der Bimetallisten nachgäben. Das Heil liegt, mit einem Wort, nicht im Zurück, sondern im Vorwärts, in der entschlossenen Vollendung des Begonnenen. Der Uebergangszustand mag un bequem sein, aber die Hauptschwierigkeiten sind ja doch schon überwunden, während andere Staaten, die sich noch nicht der Goldwährung erfreuen, durch den Zwang der Umstände zu derselben getrieben werden und sich auch durch die unumgänglichen Unbequemlichkeiten nicht hindern lassen

würden. Völlig irrelevant ist es, so schließt der Abg. Bamberger seinen mit Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag, ob die Goldproduktion Amerikas und Australiens in letzter Zeit nachgelassen oder nicht. Gerade die dadurch bewirkte Erhöhung des Goldwerthes käme uns zu Gute und wo solle das Gold, welches bereits ausgemünzt sei, denn hin? Verschwinden vom Geldmarkt könne es ja doch in keinem Falle. — Der Abg. v. Reben unternahm es vom Standpunkt der Anhänger der Doppelwährung dem Abg. Bamberger zu antworten. Als den Kern seiner nur kurzen Ausführungen heben wir hervor, daß die Geschichte der bimetalistischen Agitation in seinem Munde eine ganz andere Darstellung gewann als in Bambergers Rede, insofern der Nachweis versucht wurde, diese Bewegung als eine spontane, mächtig anwachsende, von irgend welchen Finanzgrößen nicht genährte, sondern von selbst immer weitere Kreise ergreifende zu schildern. Darin aber befand sich Herr v. Reben mit dem secessionistischen Abgeordneten in Uebereinstimmung, daß die Verteidiger der Doppelwährung mit nichten sich mit den „Reaktionären und Agrariern“ deckten. Er selber sei aufrichtig liberal und bekenne sich trotzdem als Gegner der Goldwährung. — Nach Lage der Sache konnte diese Münzdebatte ein praktisches Ergebnis nicht haben, da Anträge für oder wider nicht vorlagen und der wichtigste Faktor der ganzen Frage, nämlich die Regierung, sich in eine vorsichtige Schweigen hüllte. Die Bimetallisten legen sich diese Reserve freilich zu ihren Gunsten aus; aber es giebt auch noch eine andere Lesart, wonach bedeutende Silberverkäufe, gerade zur vollen Durchführung der Goldwährung, unmittelbar bevorstehen und es der Regierung demnach nicht unlieb sei, wenn durch die Belebung der Hoffnungen der Bimetallisten der Preis des Silbers auf dem Weltmarkt steige. — Es folgte nun die Beratung des letzten erwählten, in der Kommission inzwischen angenommenen Antrags Richter, die Ueberschüsse von 15 Mill. Mark aus den Einnahmen des laufenden Jahres in den Etat zur Dedung der Matrifularbeiträge einzustellen. Wie zu erwarten, sprach sich auch die Rechte für den Antrag aus, der sich, wie privatim bekannt geworden, auch der Zustimmung des Reichskanzlers erfreut. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag fast einstimmig angenommen. — Der Etat wird hierauf in Einnahme und Ausgabe auf 610 632 707 M., und zwar an dauernden Ausgaben auf 531 829 028 M. und an einmaligen auf 78 803 679 M., festgestellt und das Etats- und das Anleihegesetz genehmigt. Schlußsitzung Montag 10^{1/2} Uhr.

Der Bundesrath trat am Freitag Nachmittag zu einer Plenar-Sitzung zusammen, in welcher einige Mittheilungen des Reichstags-Präsidenten über Beschlüsse des Reichstages entgegengenommen wurden. — Der Entwurf des Tabakmonopol-Gesetzes ist nunmehr in allen seinen Einzelheiten fertiggestellt worden. Die Entschädigungssumme beziffert sich nach der „Elf. Zeitung“ auf 500 000 000 Mark, wobei die Tabakfabrikanten, Händler mit Tabakfabrikaten und die Tabakmakler in erster Linie bedacht seien. Die Arbeiter würden fast sämmtlich vom Reiche übernommen werden. — Das preussische Abgeordnetenhaus nimmt heute seine Sitzungen wieder auf und wird die Beratung zunächst dem Etat gewidmet sein. Vermuthlich gelangt dann die neue kirchenpolitische Vorlage zur Diskussion und darf man namentlich gespannt sein, wie sich das Zentrum zu dieser Vorlage stellen wird. Am Sonnabend traten in Oesterreich die Delegationen zusammen. Die Vorlage der Regierung beansprucht einen Kredit von 8 Millionen Gulden. Die Forderung wird in längerer Denkschrift begründet. Aus derselben ist zu entnehmen, daß die Regierung in den Gebieten von Bielek, Gacko, Novosinje und Jotjscha Widerstand gegen die Konstriktion erwartete und dagegen auch Vorkehrungen in Aussicht nahm. Wenn der Aufstand in der Herzegowina vor Beginn der Konstriktion zum Ausbruch kam, sei dies namentlich den Borgängen in der Krivossica zuzuschreiben. Die verlangten acht Millionen sind für eine Aktion von drei Monaten berechnet. Mehrforderungen werden für Reetablirung des Kriegsmaterials, Verstärkung der Garnisonen und Befestigung der strategischen Stützpunkte angekündigt. Wie heute verlautet, wird von den Delegationen gleich jetzt ein höherer Extrakredit gefordert, als die Kreditvorlage angiebt. Seit Drucklegung der letzteren erkannte die Regierung, daß acht Millionen ungenügend seien; wieviel mehr verlangt wird, ist noch unbekannt. Die Delegationen werden Alles bewilligen, aber eingehende

Aufklärungen verlangen. Die vorgelegte Denkschrift über den Aufstand erachten alle Blätter für lückenhaft und unbefriedigend; die Berichte über denselben lauten recht bedenklich. Die amtlichen Meldungen lassen es als unzweifelhaft erscheinen, daß die Insurrektion unter tüchtiger, geschulter militärischer Leitung steht, welche bezweckt, den Aufstand auch nach Bosnien zu verpflanzen, die im Umgegend befindlichen österreichischen Truppen von Serajewo abzuschneiden und mit Kovibazar sowie mit Serbien die Verbindung herzustellen. Dieser Plan ist vollkommen deutlich erkennbar, ihn zu vereiteln, sind momentan die österreichischen Truppen noch zu schwach. — Privatberichte melden von mehreren neuen Gefechten, die Bestätigung darüber fehlt noch. Aufsehen erregt, daß die panslawistischen Blätter verlangen, der europäische Areopag solle den Konflikt ordnen; Oesterreich würde ein derartiges Verlangen kategorisch zurückweisen. — Der Rücktritt des Wiener Bürgermeisters Dr. Newald bildet in dortigen Blättern den Gegenstand eingehendster Erörterungen. Dieser Rücktritt ist gleich der schon früher erfolgten Demission des Polizeipräsidenten von Wien, v. Marx, als eine Folge der Ringtheater-Katastrophe zu betrachten, da es beiden Beamten nicht gelungen ist, die auf ihnen in erster Linie ruhende schwere Verantwortlichkeit für diese Katastrophe von sich abzuwälzen. Mit dem Rücktritt Dr. Newald's hat zugleich ein Läuterungsprozeß innerhalb der Gemeindevertretung von Wien begonnen, welcher zu einer vollständigen Reform derselben an Haupt und Gliedern führen wird.

In der italienischen Deputirtenkammer wies Finanzminister Magliani in Beantwortung einer bezüglichen Interpellation nach, daß die gegenwärtige finanzielle Krise für einen guten Erfolg der Operation der Aushebung des Zwangskurses kein Hinderniß sein könne und gab der größten Zuversicht auf eine Besserung der finanziellen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse Italiens Ausdruck.

Die Bildung des neuen französischen Kabinet's ist noch nicht beendet. Es scheint, daß Leon Say nun doch nicht eintreten werde; die Einen sagen, er beanspruche das Präsidium des Ministeriums, die Andern, er sei mit der Aufnahme verschiedener Anleihen, die Freycinet für öffentliche Arbeiten für nöthig hält, nicht einverstanden. Es käme für diesen Fall Barroy, eine recht tüchtige Kraft, an seine Stelle. Für das Innere und die Justiz werden Senator Humbert und der verständige, doch wenig glänzende Deputirte Goblet als Kandidaten genannt. Waldeck-Rousseau, den Grevy um Beibehaltung seines Portefeuilles ersuchte, lehnte ab. Ebenso der Kriegsminister Campenon. Die Hauptschwierigkeiten dürften dem neuen Kabinet von Seiten der Radikalen erwachsen. Derselben verlangen von der Regierung ein entschiedenes Programm in ihrer Richtung. Die äußerste Linke betrachtet das bevorstehende Kabinet als den letzten Versuch der gemäßigten Verleserungen. Die erste Klippe ist der Kongreß, dessen Einberufung bekanntlich die Kammer in einer Form votirte, welche selbst Anlaß zu Verfassungsstreitigkeiten bieten kann. Die gemäßigten Blätter rathen, die Verfassungs-Revision vorläufig gänzlich ruhen zu lassen, was allerdings sofort bei Gambettisten und Radikalen einen Sturm hervorrufen würde. — Unter den obwaltenden Umständen, namentlich bei der Zerfahrenheit und Zerklüftung der republikanischen Partei, kann die Neubildung des Kabinet's nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen. Soll die Verfassungsreform von dem neuen Ministerium ohne die Listenwahl wieder aufgenommen oder soll sie ganz sistirt werden? Soll, im Falle der Bejahung des ersten Theiles, die ganze Verfassung oder nur das Senatswahlgesetz abgeändert werden? Soll der Kongreß hierüber entscheiden oder das Votum der Deputirtenkammer und des Senats zuvor gehört werden? Das sind die Hauptfragen, über deren Beantwortung sich die Ministerkandidaten zuvor klar geworden sein müssen, ehe sie der Regierung ihre Dienste leihen können. Die meisten der in Frage kommenden Politiker sind durch die Heeresfolge, die sie seit geraumer Zeit Gambetta geleistet, so stark für die Revisionspläne engagirt, daß sie ein neutrales Programm schwerlich vertreten können. Diejenigen aber, welche in ihrem politischen Gewissen noch nicht gebunden sind, haben nicht das Ansehen und das Vertrauen in der Kammer, um auf die Leitung der Staatsgeschäfte Anspruch machen zu können. Unter solchen Umständen scheint in der That dasjenige Ausfunftsmittel, welches die hervorragendsten Pariser Blätter empfehlen, nämlich die Bildung eines

Stärke Ueberwachungs?

gebenh Sonne? Beweise de und schlichen Passir rste am n herz

er Liebe n Tode elichen r nicht, Theil für zu Behüten der auf

Zliche.

unseres kühn drängt en und leitung erdurch Dank seinem nt und Ruhe or ähr

her.

für die en und einwirk runde, rachten sowie eehrten Brand, agen.

men.

Fabrik lang

er und im die sein.

unsern britor- odt in Leben chmerz- n tren- ür uns Water. Nach- ghts-

men.